

«Gemeinderäte verdienen mehr Achtung»

Im Hinblick auf die Gemeindewahlen waren sich die Redner an der Generalversammlung des Freiburger Gemeindeverbandes einig, dass den Gemeinderäten mehr Achtung und Respekt gezollt werden muss.

ARTHUR ZURKINDEN

ÜBERSTORF Fast 300 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte versammelten sich in Anwesenheit der gesamten Freiburger Regierung am Samstag in Überstorf. Für nicht wenige war es die letzte Generalversammlung des Freiburger Gemeindeverbandes (FGV), da im Februar die Gesamterneuerungswahlen anstehen. Verschiedene Redner betonten, wie wichtig ihr Engagement für das Gemeinwohl sei und dass dieses Amt mehr Achtung in der Bevölkerung verdiene. «Auch jene, die nicht gleicher Meinung sind wie Sie und die meist nur Kritik übrig haben, sind Ihnen zu Dank verpflichtet», sagte etwa Staatsrätin Marie Garnier als Zuständige für die Gemeinden. Sie sei sich bewusst, dass die Aufgaben eines Gemeinderates immer komplexer werden, hielt aber fest, dass die Ämter des Staates und die Oberamtänner stets ihre Hilfe anbieten würden. Einen speziellen Appell richtete sie an die Frauen, sich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen.

Transparenz ist wichtig

Auch Grossratspräsident David Bonny hat in all seinen «Pil-

gerfahrten» durch den Kanton erfahren, wie wichtig, aber auch wie schwierig das Amt eines Gemeinderates geworden ist. «Es ist aber unentbehrlich und nobel», betonte er. Für ihn ist wichtig, dass die Gemeinderäte ihr Amt mit grösster Transparenz und Kompetenz ausüben, ein offenes Ohr für die Anliegen der

«Alle Regionen haben Interesse an einem starken Kantonszentrum.»

Marie Garnier
Staatsrätin

Bevölkerung haben und voraussehen können. Er erinnerte daran, dass es sich nicht um eine freiwillige Arbeit handle, sondern um eine Arbeit, die entschädigt wird, «auch wenn die Entschädigungen nicht mit jenen der Fifa oder von Novartis zu vergleichen sind».

Diesbezüglich setzt sich Gemeindepäsidentin und Nationalrätin Christine Bulliard dafür ein, dass diese Entschädigungen nicht versteuert werden müssen. Die Gastgeberin

dieses Grossanlasses hielt auch fest, dass die schönsten und besten Konzepte nur Papiertiger bleiben, wenn sie nicht von den Gemeinden mit grosser Überzeugung umgesetzt werden.

Fusionen fördern

Nadia Savary, Präsidentin des FGV, stellte in ihrem Jahresbericht fest, dass der Kanton zu Beginn des neuen Jahres noch 150 Gemeinden zählen wird, 13 weniger als heute. «Und am 1. Januar 2017 wird unser Kanton aus noch 137 Gemeinden bestehen», freute sie sich weiter. Marie Garnier konnte ihrerseits mitteilen, dass die Frist für die Einreichung von Fusionsverträgen gemäss Staatsrat bis ins Jahr 2020 verlängert werden soll. Dabei sprach sie auch das Gesetz für eine Grossfusion um die Stadt Freiburg an. «Alle Bezirke haben ein Interesse an einem starken Kantonszentrum», sagte sie und gab zu verstehen, dass acht Gemeinden von Grossfreiburg allein 15 Millionen Franken in den interkommunalen Finanzausgleich zahlen, Geld, das allen Bezirken zugutekomme. Ihr ist es auch ein Anliegen, dass der Kanton Freiburg weiterhin of-

fen ist für neue Ideen, die gar eine europäische Premiere darstellen können. Nach dem Bau der Poyabrücke dachte sie etwa an die Idee einer Gondelbahn in der Stadt Freiburg, wie sie kürzlich lanciert worden ist.

Gemäss Nadia Savary ist der Verband an den Arbeiten beteiligt, welche eine neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden zum Inhalt haben. In einer ersten Etappe sollen die Einrichtungen für Betagte und für Menschen mit einer Behinderung sowie die Schulbauten und die Sonderpädagogik unter die Lupe genommen werden.

Mehr Autonomie

Im Weiteren habe der Verband eine kantonale Kommission initiiert, welche die Normvorschriften, die der Kanton den Gemeinden auferlegt, überprüft. «Ziel ist es, eine grösstmögliche Gemeindeautonomie zu erhalten und kostspielige Verpflichtungen einzusparen», sagte sie. So seien bereits die Richtlinien über die Strukturen im Vorschulalter in die Vernehmlassung gegeben. Weitere betreffend die Schulbauten und die Parkreglemente in den Gemeinden würden folgen.

Unternehmen: Steuerreform und die Folgen

Am Schluss der Versammlung des Gemeindeverbandes in Überstorf, das den Gemeinderätinnen und den Gemeinderäten aus 111 Gemeinden einen herzlichen Empfang bereitete, warnte Renate Amstutz, Direktorin des Schweizerischen Städteverbandes, vor den Folgen der Unternehmenssteuerreform III für die Gemeinden. So rechnet sie im Kanton Freiburg mit einem Steuerausfall von rund 40 Millionen Franken. Die Referentin machte dabei klar, dass der Städteverband diese Steuerreform befürworte, damit die Schweiz sich an die Regeln der OECD und EU halte. «Sonst droht die Schweiz wieder auf schwarzen Listen aufzutauchen», sagte sie. Es gelte aber, Massnahmen zu treffen, um diese Steuerausfälle zu kompensieren, wofür sich auch der Städteverband starkmache. Ohne Kompensationen drohe bei einem eventuellen Referendum ein Volks-Nein. az